



Stadt Kamen

Niederschrift

SuS

über die
1. Sitzung des Schul- und Sportausschusses
am Montag, dem 17.02.2014
im 1. OG der Gesamtschule
im großen Konferenzraum Nr. 2022

Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 18:05 Uhr

Anwesend

SPD

Herr Frank Ambrosch
Herr Michael Dubbel
Herr Joachim Eckardt
Herr Daniel Heidler
Herr Helmut Kampmann
Herr Heiko Klanke
Herr Bernhard Kohl
Herr Ulrich Marc
Frau Ursula Müller

CDU

Herr Reinhard Hasler
Herr Ralf Langner
Frau Ina Scharrenbach

Bündnis 90/DIE GRÜNEN

Frau Anke Dörlemann
Frau Bettina Werning

FDP

Herr Martin Wiegelmann

Sachverständige gem. Beschluss des Schul- und Sportausschusses

Herr Dr. Klaus Hoffmann
Herr Martin Kusber
Herr Frank Stewen

Verwaltung

Herr Reiner Brüggemann
Herr Markus Höper
Frau Marion Jachmann

Frau Sandra Noethe

Gäste

Herr Klaus-Dieter Grosch
Frau Rita Salewsky

Entschuldigt fehlten

Frau Dr. Birgit Brinkschulte
Herr Werner Bucek
Herr Rainer Fuhrmann
Herr Georg Gahlen
Herr Kunibert-Josef Kampmann
Frau Alexandra Möller
Herr Sören van Lück
Herr Jochen Voigt
Herr Peter Wehlack
Frau Kerstin Weingarten
Frau Susanne Wessels

Der Ausschussvorsitzende, Herr **Eckardt**, begrüßte die anwesenden Mitglieder des Schul- und Sportausschusses, Herrn Kallendrusch vom Kreisverband Unna der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald und Herrn Harges vom Landesbetrieb Wald und Forst, die anwesenden Schulleiterinnen und Schulleiter sowie die Vertreter der Presse. Er bedankte sich bei Herrn Dr. Hoffmann für die Bereitstellung der Räume der Gesamtschule.

Herr Eckardt stellte die Beschlussfähigkeit fest und eröffnete die form- und fristgerecht einberufene Sitzung.

Anträge zur Änderung der Tagesordnung wurden nicht gestellt.

A. Öffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Einwohnerfragestunde	
2	Eingangsklassenbildung zum Schuljahr 2014/15 unter Berücksichtigung der kommunalen Klassenrichtzahl	028/2014
3	Der Natur auf der Spur Vorstellung des Projekts "Waldjugendspiele" Kreisverband Unna der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald NRW e.V.	
4	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	

B. Nichtöffentlicher Teil

TOP	Bezeichnung des Tagesordnungspunktes	Vorlage
1	Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen	
2	Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung	

A. Öffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Einwohnerfragestunde

Fragen im Rahmen der Einwohnerfragestunde wurden nicht gestellt.

Zu TOP 2.
028/2014

Eingangsklassenbildung zum Schuljahr 2014/15 unter Berücksichtigung der kommunalen Klassenrichtzahl

Herr **Brüggemann** erläuterte, dass die Klassenrichtzahl auch die Einrichtung von 17 statt 16 Eingangsklassen zugelassen hätte. Voraussetzung hierfür sei jedoch, dass durch die Schulaufsicht mehr Personal bereitgestellt werde. Dieses sei nach der maßgeblichen Schüler-Lehrer-Relation jedoch nicht zu erwarten. Die Verwaltung habe sich daher mit den Schulleitungen mit Blick auf die Schülerzahlen der Eingangsklassen darauf verständigt, lediglich 16 Eingangsklassen zu bilden.

Hinsichtlich des Schuljahres 2015/16 würden seitens der Verwaltung Überlegungen bestehen, die Bandbreite der Eingangsklassen auf 25 zu deckeln, um den Schulen eine verlässliche Vorgabe geben zu können. Diese Überlegung sei mit den Schulleitungen und der Schulaufsicht zu besprechen. Über das Ergebnis der Abstimmung werde die Verwaltung voraussichtlich im Herbst 2014 bzw. Frühjahr 2015 berichten können.

Weiterhin ging Herr Brüggemann auf die Eingangsklassenbildung am Bekennnisstandort der Südschule – Heiliger Josef – ein. Von den abzuweisenden 10 SchülerInnen hätten bereits 3 SchülerInnen Aufnahme an der Friedrich-Ebert-Schule gefunden, wodurch sich an der aufnehmenden Schule die Klassengröße auf 26 erhöhe.

Herr **Klanke** bezeichnete die Überlegungen der Verwaltung zur Deckelung der Bandbreite auf 25 SchülerInnen ab dem Schuljahr 2015/16 als begründenswert. Die Bildung von nur 16 Eingangsklassen zum Schuljahr 2014/15 sei richtig, da eine volle Ausnutzung der Klassenrichtzahl nur dann Sinn

mache, wenn entsprechende Stellenzuweisungen seitens der Schulaufsicht erfolge. Bezüglich der Eingangsklassenbildung des Bekenntnisstandortes der Südschule gehe er davon aus, dass aufgrund der örtlichen Nähe überwiegend die Friedrich-Ebert-Schule als Zweitwunsch in Anspruch genommen werde.

Frau **Jachmann** teilte mit, dass von den abzuweisenden SchülerInnen 2 an der Friedrich-Ebert-Schule, 2 an der Stammschule der Südschule, 3 an der Diesterwegschule sowie ein Kind in Overberge Aufnahme gefunden hätten. Für 2 SchülerInnen würden noch keine Rückmeldungen vorliegen (*Anmerkung: Die Schulleiterin Frau Dirzus wies darauf hin, dass die beiden noch offenen Anmeldungen an der Diesterwegschule erfolgt seien und die Schule nunmehr 75 SchülerInnen in den Eingangsklassen habe*).

Herr **Langner** bat um Auskunft über den Anteil der SchülerInnen mit Behinderung.

Der notwendige Unterstützungsbedarf werde nach Mitteilung von Frau **Jachmann** erst im Laufe der Schulzeit festgestellt.

Herr **Brüggemann** ergänzte, dass über Körperbehinderungen keine Erkenntnisse vorliegen würden und sonstige Unterstützungsbedarfe zu organisieren seien. Eine Statistik werde nicht geführt.

Frau **Scharrenbach** wies darauf hin, dass aus Verfahren zur Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche nach § 35 a SGB VIII bereits aus dem Bereich der Kindertagesstätten Erkenntnisse vorliegen müssten. (*Hinweis der Verwaltung: Seelische Behinderung ist kein Förderungsschwerpunkt nach dem Schulgesetz. Ein Ableiten auf Schule ist daher nicht zu automatisieren*).

Sie fragte, warum in der Astrid-Lindgren-Schule ein Aufzug installiert werden soll. Aus ihrer Sicht sei eine Untersuchung der Grundschulen insgesamt sinnvoll, um die Frage einer möglichen Schwerpunktbildung zu klären. Weiterhin fragte sie nach dem Hintergrund dafür, dass der Teilstandort der Astrid-Lindgren-Schule aus der Auflistung der Schulstandorte herausgenommen worden sei. Es stelle sich die Frage, was mit dem Standort geschehen solle.

Herr **Brüggemann** antwortete, dass der Teilstandort der Astrid-Lindgren-Schule durch den Schulträger weiterhin aufrecht erhalten werde, solange es der Elternwille erfordere. Er stellte klar, dass bei einer Zweizügigkeit im Stadtteil eine Beschulung an der Stammschule erfolge. An der bisherigen Linie werde festgehalten.

Der Einbau eines Aufzuges in der Astrid-Lindgren-Schule erfolge, so Herr Brüggemann, im Rahmen der Maßnahmen zur energetischen Sanierung des Schulgebäudes und stehe daher nicht im Zusammenhang mit dem von der Verwaltung vorgetragenen Haushaltsansatz in Höhe von 125.000 € zur Optimierung der Schulgebäude im Rahmen der Inklusion.

Wie bereits in der Ausschusssitzung am 16.10.2013 berichtet, habe die Verwaltung die Schulen mit der Bitte um Formulierung der Schulpositionen zum Thema Inklusion und der sich daraus ergebenden Bedarfe bis zur Sommerpause angeschrieben. Weiterhin führe die Verwaltung auch Gespräche mit den Schulen. Diese seien noch nicht abgeschlossen.

Hinsichtlich der Entwicklung des Teilstandortes der Astrid-Lindgren-Schule bleibe es nach Auffassung von Herrn **Eckardt** abzuwarten, wie sich die

Eltern entscheiden würden, wenn nur noch eine Klasse am Teilstandort vorhanden sei. Durch den Schulträger würden beide Entwicklungen unterstützt.

Beschluss:

Nach § 6a der Verordnung zur Ausführung des § 93 Abs. 2 Schulgesetz NRW beträgt die Zahl der maximal zu bildenden Eingangsklassen im Stadtgebiet (Kommunale Klassenrichtzahl) 17.

Der Schulausschuss beschließt für das Schuljahr 2014/15 die Bildung von 16 Eingangsklassen.

Auf die Schulstandorte bezogen wird die Klassenbildung wie folgt festgelegt:

Grundschule	Eingangsklassen
Diesterwegschule	3
Friedrich-Ebert-Schule	3
Südschule, Stammschule	2
Südschule, Teilstandort	1
Eichendorffschule	2
Jahnschule	2
Astrid-Lindgren-Schule	3
Gesamt	16

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

Zu TOP 3.

Der Natur auf der Spur
Vorstellung des Projekts "Waldjugendspiele"
Kreisverband Unna der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald NRW e.V.

Durch den Vorsitzenden des Kreisverbandes Unna der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald NRW e.V., Herrn **Kallendrusch**, und Herrn **Hardes** vom Landesbetrieb Wald und Forst wurde anhand einer Präsentation (Anlage I) das Projekt der Waldjugendspiele vorgestellt.

Die 1947 gegründete Schutzgemeinschaft Deutscher Wald führe Aktionen zum Schutz des Waldes durch. Eine dieser Aktionen seien die Waldjugendspiele, deren Ausgangspunkt in einer Studie aus dem Jahr 1998 zur Naturentfremdung zu finden sei. Ziel sei es, Kindern im Wald spielerisch Wissen und Erfahrungen zu vermitteln.

Im Jahr 2014 könnten 8 Klassen des 4. Schuljahres der Kamener Grundschulen an den Waldjugendspielen teilnehmen. Als geeigneter Austragungsort komme ein Waldstück südwestlich von Bönen in Frage. Als Termin sei der 26.09.2014 vorgesehen. Die Teilnahme erfolge nach dem Windhundprinzip.

Die Waldjugendspiele beinhalteten 10 Stationen mit Bewegungsangeboten, Aktions- und Wissensspielen und würden von entsprechend geschulten Personen betreut. Das Angebot sei kostenfrei. Nur die Fahrten der Kinder zum Austragungsort seien zu organisieren und die hierdurch entstehenden

Kosten zu übernehmen.

Herr **Eckardt** bedankte sich für den Vortrag und zeigte sich davon überzeugt, dass die Waldjugendspiele bei den Kamener Grundschulen eine große Resonanz erfahren würden. Die Übernahme der Kosten für die Schulbusse durch den Schulträger sei sicherlich möglich.

Auf Nachfrage von Frau **Scharrenbach** teilte Herr **Kallendrusch** mit, dass das Thema Waldschule bei vielen Schulen vorher im Rahmen einer Projektwoche oder durch einen Schulausflug vorbereitet werde.

Die Waldschule sei, so Herr **Heidler**, ein tolles Projekt, das auf möglichst positive Resonanz stoßen sollte. Den Aspekt, die Natur erfahrbar zu machen, halte er für sehr wichtig.

Herr **Hasler** fragte nach den Möglichkeiten einer Nachbereitung in den Schulen.

Herr **Hardes** antwortete, dass das Thema Wald in den Lehrplänen fest verankert sei. Die Förster seien in der Regel bereit, Aktionen mit den Schulen durchzuführen. Projektstage könnten kostenpflichtig in der Waldschule Cappenberg gebucht werden.

Als außerschulische Lernorte würden weiterhin durch Wald und Holz NRW 5 Jugendwaldheime betrieben. Nähere Informationen hierzu könnten unter der Internetadresse www.wald-und-holz.nrw.de abgerufen werden.

Hinsichtlich der anfallenden Fahrkosten erklärte Herr **Brüggemann**, dass eine Regelung überlegt werde.

Die Fraktionen ermunterten die Verwaltung, eine positive Regelung zu finden.

Zu TOP 4.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

4.1 Mitteilungen der Verwaltung

4.1.1 Herr **Brüggemann** nahm Bezug auf die von der Verwaltung zugesagte Berichterstattung und teilte mit, dass hinsichtlich der weiteren Beschäftigung von Schulsozialarbeitern auf Initiative des Städte- und Gemeindebundes Bewegung in die Diskussion gekommen sei. Das Ergebnis bleibe weiterhin abzuwarten.
Die Weiterbeschäftigung der an den Kamener Schulen eingesetzten Schulsozialarbeiter sei bis Ende des Jahres 2014 sichergestellt.

4.1.2 Frau **Jachmann** teilte mit, dass im laufenden Anmeldeverfahren zu den weiterführenden Schulen an der Gesamtschule 170 Anmeldungen, davon 20 auswärtiger SchülerInnen

nen, erfolgt seien. Insgesamt seien in Kamen 345 Übergänger zu verzeichnen. Im vergangenen Jahr seien bei 399 Übergängern 171 Kamener SchülerInnen an der Gesamtschule angemeldet worden.

Herr **Brüggemann** wies ergänzend darauf hin, dass der prozentuale Anteil der SchülerInnen an der Gesamtschule über die vergangenen Jahre gesehen mit 43,5 % zum Schuljahr 2014/15 gleich hoch sei (Schuljahr 2011/12 = 39,8 %, 2012/13 = 44,2 %, 13/14 = 41,9 %). Ein Blick nur auf die absoluten Zahlen sei aufgrund der deutlich verringerten Gesamtzahl der Übergänger daher eher verwirrend.

- 4.1.3 Frau **Jachmann** berichtete, dass nach Durchführung einer Regionalkonferenz, an der sowohl untere als auch obere Schulaufsicht teilgenommen hätten, und in Abstimmung mit den Schulleitungen festgelegt worden sei, für die insgesamt 11 SchülerInnen mit sonderpädagogischem Förderbedarf eine verbindliche Zusage zur Aufnahme von jeweils 5 SchülerInnen an der Gesamtschule und am Gymnasium sowie einer/s Schülers/in an der Hauptschule zu erteilen. Die SchülerInnen mit sonderpädagogischem Förderbedarf seien bereits in den Anmeldezahlen der Gesamtschule enthalten.
- 4.1.4 Herr **Kusber** teilte mit, dass das Fest des Kamener Sports am 29.03.2014 in der Stadthalle im bewährten Rahmen stattfinden werde. Er bedankte sich für die Unterstützung durch die Stadt Kamen, der GSW Gemeinschaftsstadtwerke und der Sparkasse UnnaKamen. Es seien 240 Ehrungen für 186 SportlerInnen vorzunehmen. Die Einladungen seien bereits versandt worden.
- 4.2 Anfragen
- 4.2.1 Frau **Scharrenbach** kritisierte das aus ihrer Sicht nicht ausreichend abgestimmte Verfahren zur Regelung der Übergänger mit sonderpädagogischem Förderbedarf. Die CDU-Fraktion habe bereits im vergangenen Jahr die Einrichtung einer Arbeitsgruppe angeregt, da die Umsetzung der schulischen Inklusion auch die kommunale Politik angehe. Sie bat um Auskunft, wie sich die sonderpädagogischen Förderbedarfe auf die einzelnen Schulen verteilen würden. Das Gymnasium müsse sich auf die pädagogischen Anforderungen einrichten können.
- Herr **Eckardt** machte deutlich, dass die aufgeworfene Diskussion deplatziert sei. Es sei richtig, dass der Schul- und Sportausschuss informiert werde, jedoch würde es sich um eine interne Schulangelegenheit handeln. Die Einrichtung eines Arbeitskreises sei aus den bereits bekannten Gründen nicht erfolgt. Das Thema sei durch die Verwaltung wertneutral vorgestellt worden.

Herr **Brüggemann** wies darauf hin, dass es sich bei der Umsetzung sonderpädagogischer Maßnahmen um eine interne Schulangelegenheit und nicht um eine Angelegenheit des Schulträgers handeln würde. Die Zusagen zur Aufnahme der SchülerInnen seien mit den Leitungen der weiterführenden Schulen abgestimmt und am 29.01.2014 durch die Schulaufsicht namentlich benannt worden. Die sonderpädagogischen Förderbedarfe würden sich verteilen auf das Gymnasium mit 4 Förderschwerpunkte Lernen und 1 Förderschwerpunkt emotionale-soziale Entwicklung mit eingeschränkter gymnasialer Empfehlung, auf die Gesamtschule mit 3 Förderschwerpunkte emotionale-soziale Entwicklung und 2 Förderschwerpunkte Sprache sowie auf die Hauptschule mit 1 Förderschwerpunkt Sprache. Die Schulen bereiteten sich nunmehr entsprechend vor. Es sei mit den Schulleitungen vereinbart worden, dass zum Sommer 2014 im Schul- und Sportausschuss berichtet werde.

4.2.2

Frau **Scharrenbach** fragte mit Blick auf den geänderten Etatansatz zur Finanzierung der offenen Ganztagschule, welche Ziele die Verwaltung mit der Umstellung der Gruppenpauschale verfolge und ob durch die Verwaltung eine Übersicht über die qualitativen Angebote, wie bereits durch Frau Weingarten in der Sitzung am 27.11.2013 angeregt, vorlegen könne.

Die Umstellung der Gruppenpauschale auf eine Pauschale pro Kind ermögliche nach Mitteilung von Herrn **Brüggemann**, dass die Betreuung eher in die zweite Gruppe gehen könne, mit einem dann geänderten Personaltabelleau. Er wies darauf hin, dass die Verwaltung Gespräche mit den Schulleitungen und den Trägern der offenen Ganztagschule führe bzw. terminiert habe. Ein abschließender Bericht könne voraussichtlich zur Sommerpause 2014 oder danach im Schul- und Sportausschuss vorgetragen werden. Eine ausreichende Beratung sei dann auch mit Blick auf den Haushalt 2015 gegeben.

B. Nichtöffentlicher Teil

Zu TOP 1.

Mitteilungen der Verwaltung und Anfragen

Anfragen und Mitteilungen lagen nicht vor.

Zu TOP 2.

Veröffentlichung von Tagesordnungspunkten der nichtöffentlichen Sitzung

Es wurde kein Tagesordnungspunkt zur Veröffentlichung freigegeben.

gez. Joachim Eckardt
Vorsitzender

gez. Reiner Brüggemann
Schriftführer